

BRANDENBURGISCHE HEFTE FÜR WISSENSCHAFT UND POLITIK

perspektive 21

ZUKUNFT DER BRANDENBURGISCHEN HOCHSCHULPOLITIK

BEITRÄGE

Wolfgang Loschelder

Helmut Schmidt

Nils-Eyk Zimmermann

Gerd Köhler



INTERVIEW

mit Steffen Reiche

MAGAZIN

Studenten als Wirtschaftsfaktor

NACHRICHTEN



Heft 1

Sommer 1997

BEZUG

Bestellen Sie Ihr kostenloses Abonnement direkt beim Herausgeber. Nutzen Sie dazu die beigelegte Postkarte.

HERAUSGEBER

SPD-Landesverband Brandenburg

REDAKTION

Harald Sempf (viSdP),

Harald Geywitz

ANSCHRIFT

Friedrich-Ebert-Straße 61

14469 Potsdam

TELEFON 03 31 / 29 20 30

TELEFAX 03 31 / 270 85 35

MAIL sempf@rz.uni-potsdam.de

INTERNET www.spd-brandenburg.de

DRUCK Druckhaus Schmergow

THEMA

**ZUKUNFT DER
BRANDENBURGISCHEN
HOCHSCHULPOLITIK**

INTERVIEW

mit Steffen Reiche

Profil schärfen - mehr Mitbestimmungsrechte an den Hochschulen

Seite 4

BEITRÄGE

Prof. Dr. Wolfgang Loschelder

Voraussetzungen für eine zukunftsfähige Hochschullandschaft

Seite 13

Prof. Dr.-Ing. Helmut Schmidt

To be or not to be? Wie geht es weiter mit den Hochschulen?

Seite 22

Nils-Eyk Zimmermann

Profilneurose.

Hochschulentwicklungsplan und Praxis

Seite 28

Gerd Köhler

Wissenschaftsstandort Brandenburg - Entwicklung mit Zukunft?

Seite 34

MAGAZIN

Prof. Dr. Klaus Gloede

Studierende als Wirtschaftsfaktor?

Seite 39

NACHRICHTEN

Seite 47

Liebe Leserin, lieber Leser,

pünktlich zum Semesterende erscheint die erste Ausgabe von *perspektive 21*, den Brandenburgischen Heften für Wissenschaft und Politik.

Die brandenburgische SPD als Herausgeber und die Redaktion — hochschulpolitisch interessierte „Mittelbauer“ und Studierende — wollen mit dieser Zeitschrift eine Lücke füllen: Der täglich wachsende Markt von *Special-Interest-Magazines* gibt wohl keines mit dem Anspruch einer Vernetzung von Wissenschaft und Politik her. Dabei hat gerade die öffentliche Auseinandersetzung der letzten Wochen um die Zukunft der Hochschulen im Land Brandenburg gezeigt, daß ein großer Bedarf an Informationen und Diskussionen besteht.

Wir wollen mit dieser Zeitschrift daher notwendige Informationen liefern, Diskussionen anregen und Dialoge befördern. Dabei sollen „Entscheider“ und „Betroffene“ zu Wort kommen; wir sind der Überzeugung, daß die Aufgaben, die vor uns stehen, nur im pluralistischen Diskurs zu lösen sind.

Das zentrale Thema öffentlicher Debatten in diesem Semester aufgreifend, widmen wir uns in dieser ersten Ausgabe der Zukunft der brandenburgischen Hochschulpolitik. Zu Wort kommen neben dem verantwortlichen „Entscheider“ — dem Minister *Steffen Reiche* — sowohl die „betroffenen“ Akteure, die Rektoren *Wolfgang Loschelder* und *Helmut Schmidt*, als auch als „Betroffener“ *Nils-Eyk Zimmermann*, Mitglied des Studierendenrates der Universität Potsdam. Mit *Gerd Köhler*, für Hochschulpolitik zuständiges Mitglied im Hauptvorstand der GEW, rundet ein „auswärtiger“, jedoch langjähriger Kenner der brandenburgischen Situation das Bild ab.

Im Magazin erläutert *Klaus Gloede* die Ergebnisse einer Befragung von Studierenden an der Universität Potsdam.

Wir würden uns über Reaktionen freuen. Ebenso laden wir herzlich zur Mitarbeit ein. Schwerpunkt der nächsten Ausgabe soll das Thema „Sozialer Rechtsstaat“ sein. Wer sich mit einem eigenen Beitrag beteiligen möchte, möge sich direkt an die Redaktion wenden.

Harald L. Sempf

PROFIL SCHÄRFEN - MEHR MITBESTIMMUNGSRECHTE AN DEN HOCHSCHULEN

Ein Interview mit Steffen Reiche,
Brandenburgischer Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur

PERSPEKTIVE 21: *Der Entwurf für den Hochschulentwicklungsplan steht unter dem Motto: „Den Hochschul-aufbau fortsetzen - weiter Profil gewinnen.“ Den Protesten von Professoren, Universitätsangestellten und Studenten nach zu urteilen, findet in Brandenburg zur Zeit eher ein Hochschulabbau statt.*

STEFFEN REICHE: Dieser Vorwurf ist meiner Meinung nach nicht begründet. Aus dem vorgelegten Entwurf des Hochschulentwicklungsplanes geht

eindeutig das Gegenteil hervor. Wir verfolgen weiterhin das Ziel, die Hochschulen aufzubauen. So werden beispielsweise Mittel zur Verfügung gestellt, um die raumbezogenen Studienplätzahlen um mehr als ein Drittel zu erhöhen. Zugleich wollen wir durch eine Umstrukturierung der Hochschulen eine Profilschärfung ermöglichen und vorhandene Überkapazitäten im Personalbereich nutzen, um noch nicht genügend ausgebaute Studiengänge mit Personal zu stärken.

PERSPEKTIVE 21: *Besteht nicht ein Widerspruch zwischen dem Ziel, Hochschulen zu profilieren, und den Überlegungen, einzelne Fakultäten oder gar Hochschulen zusammenzulegen?*

STEFFEN REICHE: Ich möchte an dieser Stelle noch einmal ganz deutlich sagen, daß weder Hochschulen noch Fakultäten geschlossen werden. Es wird bestenfalls über Zusammenlegungen diskutiert. Dies ist ein Vorschlag, der insbesondere die Universität Potsdam betreffen würde. Die Universität hat jedoch immer die Möglichkeit, andere Vorschläge vorzubringen.

Im Unterschied zu Berlin haben wir in Brandenburg sehr klare Zielbestimmungen, was in den einzelnen Studiengängen gemacht werden soll. Dies soll noch gesteigert werden, indem die Universitäten und Fachhochschulen verstärkt fachliche Schwerpunkte entwickeln. Profilschärfungen wollen wir vornehmlich an Fachhochschulen durchführen und unterstützen. In der FH Brandenburg/Havel, die mit unserer Entscheidung auch sehr gut konform geht, haben wir, aufgrund der sehr geringen Nachfrage insbesondere bei den technischen Studiengängen, die Zahl der Studienplätze auf ein sinnvolles Niveau zurückgefahren. Zugleich

sind dort jedoch neue Studiengänge, wie zum Beispiel der außerordentlich stark nachgefragte Studiengang Digitale Medien, genehmigt worden.

Oder sehen wir uns die FH in Wildau an: Dort werden die neuen Studiengänge Wirtschaft/Recht und Verwaltung/Recht angeboten, die von der Fachhochschule Bernau übernommen wurden. Auch diese Entscheidung führt zur Profilschärfung und zur Erhöhung der Nachfrage.

Schon jetzt können wir durch die gestiegenen Bewerbungszahlen für die drei Fachhochschulen in Brandenburg/Havel, Wildau und Senftenberg zum Wintersemester 97/98 belegen, daß die Angebote der Fachhochschulen für Schulabgänger attraktiver geworden sind.

Es sind jedoch noch weitere Profilschärfungen notwendig.

Im Rahmen der Wissenschaftsratsempfehlung zur Universität Potsdam ist geplant, den Ausbau der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät in Kooperation mit den außeruniversitären Forschungseinrichtungen und einer Vielzahl von interdisziplinären Zentren voranzubringen. Diese Kooperation wird im völlig neu entstehenden Wissenschaftspark Golm mit den drei Max Planck Instituten und dem Fraunhofer Institut stattfinden.

PERSPEKTIVE 21: *Würde nicht die Schaffung integrierter Gesamthochschulen in einem ganz besonders hohem Maße die Attraktivität des Studienangebotes steigern und sich gleichzeitig kostensparend auswirken?*

STEFFEN REICHE: Das Konzept integrierter Gesamthochschule wird vom Wissenschaftsrat mittlerweile sehr skeptisch gesehen.

Allerdings ist es sinnvoll, zwischen der BTU Cottbus und der FH Lausitz ein Kooperationsmodell zu entwickeln, das zu einer Verringerung des Investitionsaufwandes für das Land führt. Dies soll nicht in Form von Zusammenlegung geschehen, sondern indem die beiden Hochschulen verstärkt kooperieren, die insbesondere im ingenieurwissenschaftlichen Bereich ein weitgehend paralleles Studienangebot aufweisen. Ziel ist dabei eine gemeinsame Ressourcennutzung.

PERSPEKTIVE 21: *Einerseits wird von einem Stellenüberhang an den Universitäten gesprochen. Andererseits klagen einige Fakultäten über eine zu geringe Personalausstattung.*

STEFFEN REICHE: Tatsache ist, daß gerade an der Universität Potsdam, ge-

nau wie an der BTU Cottbus Stellen im nichtwissenschaftlichen Bereich in einem erheblichen Umfang als Überhang vorhanden sind. Insgesamt gibt es an den Hochschulen zur Zeit einen Überhang von 311 Stellen, die gemessen an dem, was im bundesweiten Durchschnitt als Ausstattungsstandards für Fachhochschulen und Universitäten gilt, real zu viel sind. Das kostet das Land im Jahr zwischen 20 und 25 Millionen DM, die in anderen Bereichen der Hochschulen, insbesondere im Baubereich, dringend benötigt werden. Aber es ist nicht so einfach möglich, diesen Überhang innerhalb der nächsten Jahre abzubauen, da wir den Mitarbeitern nicht kündigen können, ohne sie an einer anderen Stelle wieder einzustellen. Dennoch muß die Situation klar benannt werden, da es in der Tat noch Fakultäten gibt, die noch nicht ausreichend mit Personal ausgestattet sind.

PERSPEKTIVE 21: *Die Betreuungssituation an Brandenburger Hochschulen ist gemessen am bundesweiten Durchschnitt sehr positiv zu bewerten. Ganz anders verhält es sich hingegen mit den flächenbezogenen Studienplatzzahlen. Was wird getan, um in dieser Situation Abhilfe zu schaffen?*

STEFFEN REICHE: Wir haben auf den derzeit 13.000 raumbezogenen Studienplätzen rund 21.000 Studierende. Auch wenn dies eine, in der Bundesrepublik durchaus übliche Überlast darstellt, ist dieses Verhältnis deshalb nicht positiv zu bewerten. An einigen Standorten, wie zum Beispiel an der Hochschule für Film und Fernsehen, an den Fachhochschulen Potsdam und Eberswalde und an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät in Potsdam ist die flächenbezogene Ausstattung besonders schlecht. Andererseits haben wir an der FH Brandenburg und an der Viadrina, in Bezug auf die raumbezogenen Studienplätze noch nicht einmal eine zufriedenstellende Auslastung. Dennoch muß, außer in Brandenburg, wo alle Bauanfänge getätigt worden sind, an allen Hochschulstandorten weiter gebaut werden.

Wir haben eine sehr engagierte Planung vorgelegt, die in den nächsten drei Jahren über 615 Millionen DM für investive Ausgaben vorsieht, um den für ein ordnungsgemäßes Studium dringend erforderlichen Bedarf an Hörsälen, Laboren und Bibliotheken zu decken. In dieser Summe ist unter anderem ein Investitionsvolumen von über 80 Millionen für das Verfügungsgebäude in Golm und 80 Millionen für

die Hochschule für Film und Fernsehen enthalten. Die Fertigstellung einiger Bauprojekte fällt erst in den Zeitraum nach 2001. Dazu gehören unter anderem der Neubau des Hörsaal- und Seminargebäudes in Potsdam-Babelsberg, der Neubau der Zentralbibliothek und Mensa an der TFH Wildau und der Neubau des Hörsaalgebäudes und der Bibliothek an der FH Potsdam.

PERSPEKTIVE 21: *Welche Folgen hat es für die Studienplatznachfrage in Brandenburg, daß in Berlin ein massiver Studienplatzabbau betrieben wird?*

STEFFEN REICHE: Das ist schwer zu sagen, da es keine Untersuchungen darüber gibt, wie viele Studenten sich nur deshalb in Brandenburg immatrikuliert haben, weil sie in Berlin nicht angenommen worden sind. Aber ich glaube schon, daß es noch erhebliche Auswirkungen haben wird, wenn Berlin seine personalbezogenen Studienplätze so stark senkt, wie gegenwärtig beabsichtigt. Insgesamt läßt sich bei uns aber eine stetig steigende Nachfrage feststellen. An den Fachhochschulen haben die Studierendenzahlen sogar seit 1992 um jeweils rund 1.000 zugenommen. Prozentual haben wir hier sogar eine größere Steigerungsrate als an

den Universitäten. Aber auch an den drei Hochschulstandorten in Potsdam können wir eine sehr hohe Studienplatznachfrage feststellen. Das hat zum einen mit der günstigen Betreuungsrelation, zum anderen aber auch mit dem Standort zu tun. Insgesamt wurde im Wintersemester 1996/97 mit insgesamt rund 3.000 Studienanfängern der größte Zuwachs der bisherigen Entwicklung erreicht.

PERSPEKTIVE 21: *Wie wirkt es sich auf die Hochschullandschaft des SPD-regierten Brandenburg aus, daß die SPD auf Bundesebene auf das Thema Innovation setzt?*

STEFFEN REICHE: Ich beobachte einen fortschreitenden, vielleicht noch zu zögerlichen Bewußtseinswandel. In den nächsten Jahren werden die Themen Wirtschaft und Wissenschaft die Arbeit dieser Landesregierung in einem extrem hohen Maße bestimmen. Tatsache ist, daß wir den notwendigen Strukturwandel und die Modernisierungen in Brandenburg nur über eine verbesserte Hochschul- und Forschungssituation zustandebringen werden. Das, denke ich, wird auch den Zahlen, die im Haushalt 1998 letztlich beschlossen werden, zu entnehmen sein.

Seit 1991 sind die für die Hochschule zur Verfügung gestellten Mittel kontinuierlich angestiegen: Von 81 Millionen im Jahr 1991, 323 Millionen im Haushaltsjahr 1993 auf 554 Millionen im Jahr 1997.

Ich habe 1998 für Wissenschaft und Forschung deutlich mehr erreicht, als die zunächst bekanntgewordenen Eckwerte vorsahen.

Meine Gespräche mit der Finanzministerin Wilma Simon verliefen sehr positiv. Und auch das Kabinett begreift Wissenschaft und Forschung nicht als ein Gebiet, das in meiner alleinigen Verantwortung liegt, sondern als eine zentrale Aufgabe und Herausforderung für die gesamte Landespolitik.

Darüberhinaus denke ich auch, daß durch die Antragsituation auf dem Landesparteitag, wo wir erstmals wichtige und große Anträge zur Entwicklung der Wissenschafts- und Forschungslandschaft in Brandenburg verabschiedet haben, deutlich geworden ist, daß nicht nur an den Hochschulstandorten, sondern im gesamten Land die Bedeutung von Wissenschaft und Forschung wahrgenommen wird.

PERSPEKTIVE 21: *Es ist Ihnen in Diskussionsveranstaltungen von Studenten immer wieder vorgeworfen wor-*

den, daß Brandenburg im Vergleich zu den anderen neuen Bundesländern pro Kopf der Bevölkerung am wenigsten für Hochschulen ausbe.

STEFFEN REICHE: Dieser Vorwurf mag für die Jahre '92 und '93 noch zugetroffen haben. Heute liegt Brandenburg jedoch mit Pro-Kopf-Ausgaben in Höhe von 222 DM im bundesweiten Vergleich deutlich vor Schleswig-Holstein und Thüringen auf dem 14. Platz.

Außerdem steht Brandenburg, wenn man sich die Höhe der Ausgaben pro Student anschaut, bundesweit sogar an zweiter Stelle.

PERSPEKTIVE 21: *Vielfach fallen heute im Zusammenhang mit Erwartungen, die 1990 an den Hochschulaufbau gestellt worden sind, die Worte utopisch und illusorisch. Teilen Sie diese Einschätzung?*

STEFFEN REICHE: Hinsichtlich des für den Aufbau veranschlagten Zeitraumes waren die Vorstellungen 1990 in der Tat utopisch.

Mein Vorgänger hatte geplant, 2,7 Milliarden DM bis zum Jahr 2000 zu verbauen, um dadurch 34.400 Studienplätze zu schaffen. Das war gemessen an

den finanziellen Leistungsmöglichkeiten von Bund und Land vollkommen illusorisch.

Ebenfalls waren mit den Hochschulen Verabredungen in der Hinsicht getroffen worden, daß die Zahl der Studienplätze an Fachhochschulen 40% der gesamten Studienplätze ausmachen sollte. Dieses Ziel wird, wie auch die Nachfragesituation beweist, realistischer Weise in absehbarer Zeit nicht zu verwirklichen sein.

Voraussichtlich werden wir im Jahr 2000 rund 38.000 Studierende in Brandenburg haben. Ich würde mir dann auch mehr Studienplätze wünschen. Umsetzbar sind aber nur rund 20.000. Und mit diesen Zahlen wird an den Brandenburger Hochschulen keine katastrophale Situation eintreten, sondern lediglich ein Verhältnis, das im bundesdeutschen Maßstab durchaus vergleichbar ist.

Die SPD hat 1990 den Vorschlägen zum Hochschulaufbau immer in Person des Finanzministers widersprochen. Deshalb hat es damals auch nie beschlossene Hochschulentwicklungsprogramme gegeben, sondern nur zur Kenntnis genommene.

PERSPEKTIVE 21: *Zur Zeit arbeiten Sie an der Novellierung des Branden-*

burgischen Hochschulgesetzes. Wie sehen die Leitlinien dieses Gesetzes aus?

STEFFEN REICHE: Die Erfahrungen mit dem aktuellen Hochschulgesetz haben gezeigt, daß wir auf einem guten, aber noch verbesserungsfähigen Weg sind. Deshalb möchte ich noch in den nächsten drei Monaten ein neues Brandenburgisches Hochschulgesetz vorlegen.

Dabei sind meine Leitvorstellungen, daß Kompetenzen, die zur Zeit das Wissenschaftsministerium innehat, in einem großen Umfang auf die Hochschulen übertragen werden.

Zugleich sollen neue Leitungsstrukturen geschaffen werden, damit die Hochschulen die Globalhaushalte, deren Einführung für 1999 vorgesehen ist, effizienter und selbständiger verwalten können.

Die Hochschulen sollen Hochschulräte zur Seite gestellt bekommen, und in ihrem Status als Körperschaften des öffentlichen Rechts gestärkt werden.

Wir benötigen dazu eine neue Form der Steuerung; nicht eine, wie bisher an Vorgaben, sondern eine an Leistungen orientierte Steuerung der Ressourcen und der Mittelvergabe.

PERSPEKTIVE 21: *Schon seit langem werden von den Studierenden mehr Mitbestimmungsrechte gefordert. Unter anderem wird auch immer wieder nach einem allgemein politischen Mandat für die Studierendenvertretung verlangt. Was sieht das neue Brandenburgische Hochschulgesetz in dieser Hinsicht vor?*

STEFFEN REICHE: Im Rahmen von klarer Aufgabentrennung soll es mehr Mitbestimmung für alle geben. Die gesamten Aufgaben, die jetzt noch das Konzil innehat, soll auf den Senat übertragen werden, so daß er praktisch das Parlament der Hochschule darstellt. Die Umsetzung soll durch einen deutlich gestärkten Rektor geschehen. Ein allgemein politisches Mandat ist im Rahmen des gültigen Hochschulrahmengesetzes nicht möglich. Ich bin aber dafür, das hochschulpolitische Mandat großzügig zu interpretieren.

PERSPEKTIVE 21: *Im Gegensatz zu anderen Ministerien geben Sie im Wissenschaftsministerium kein regelmäßig erscheinendes Informationsblatt für das Hochschulklientel heraus. Würde ein solches Periodikum nicht positiv auf die Kooperation und den Dialog zwi-*

schen Hochschule und Ministerium auswirken?

STEFFEN REICHE: Aus meinen Erfahrungen heraus weiß ich, daß der Dialog mit den Hochschulen in keinem anderen Bundesland so intensiv geführt wird, wie von mir in Brandenburg.

Darüberhinaus denke ich, daß im Wissenschaftsministerium eine gute Presse- und Öffentlichkeitsarbeit gemacht wird. Insofern müßten die Hochschulen über die Arbeit im Haus, und das, was von mir geplant wird, bestens informiert sein.

Selbstredend ist die Presse wertend, so daß ich mir oft eine korrektere, fairere Berichterstattung wünschte.

Dennoch kann es mir nicht darum gehen, Geld, das den Hochschulen zur Verfügung stehen sollte, auszugeben, um mich, oder meine Politik darzustellen. Insofern spare ich an diesem Punkt etwas ein, was andere Ministerien mit erheblichem finanziellen Aufwand machen.

PERSPEKTIVE 21: *Wie sehen Sie die von Bundesbildungsminister Rüttgers vorgelegten Vorschläge für ein neues Hochschulrahmengesetz?*

STEFFEN REICHE: Der Bund hat das, was die Länder in weit über 10 Jahren an Hochschulreformvorschlägen erarbeitet haben, zu einer Hochschulrahmengesetznovelle zusammengefaßt, die an vielen Punkten zu begrüßen ist. Insbesondere drückt sie den erreichten Konsens zwischen A- und B-Ländern aus. So besteht weitgehend Einigkeit darüber, daß die Regelungsdichte des HRG eingeschränkt werden soll, um den Hochschulen mehr Entscheidungsspielräume zur Verfügung zu stellen.

Daher habe ich mich dafür eingesetzt, daß die Novelle noch in den nächsten Monaten, von Bund und Ländern gemeinsam verantwortet, auf den Weg kommt.

Oft wird am Entwurf des HRG kritisiert, daß es die Möglichkeit von Zwangsexmatrikulationen und Eingangsprüfungen zu den Hochschulen, die das Abitur vollkommen entwerten würden, vorsieht. Ich kann dazu nur sagen, daß ich diese Überlegungen für abwegig halte, und daß sie mit den SPD-regierten Bundesländern nicht durchzusetzen sind.

PERSPEKTIVE 21: *Wie stehen Sie zur Einführung von Studiengebühren?*

STEFFEN REICHE: Ich bin ein erklärter Gegner von Studiengebühren.

Allerdings erscheint mir das australische Modell einer Akademikersteuer durchaus sinnvoll, weil damit ein Beitrag zu einer besseren Ausstattung der Hochschulen geleistet werden kann.

Dieses Modell sieht vor, daß diejenigen, die studiert haben, und daher bessere Startbedingungen haben als andere, ab einem bestimmten Monatseinkommen durch eine monatliche Steuer zur Refinanzierung ihres Studiums herangezogen werden.

Dies wirkt sich, wie sich in Australien gezeigt hat, auch nicht abschreckend auf Schulabgänger aus, die aus finanziell schwächer ausgestatteten Familien kommen, denn die Refinanzierung wird erst in dem Moment verlangt, in dem jemand durch sein Studium eine Arbeitsstelle bekommen hat. Haben Hochschulabsolventen keine oder nur eine gering bezahlte Arbeit gefunden, werden sie auch nicht zur Zahlung der Akademikersteuer herangezogen.

PERSPEKTIVE 21: *Herr Reiche, vielen Dank für das Gespräch.*

Das Interview führte Solveig Orlowski.

VORAUSSETZUNGEN FÜR EINE ZUKUNFTSFÄHIGE HOCHSCHULLANDSCHAFT IM LAND BRANDENBURG

von Prof. Dr. Wolfgang Loschelder,
Rektor der Universität Potsdam

1 Es ist kein Zufall, daß die Frage nach der Zukunft der Hochschulen heute so dringlich gestellt wird. Zwar dreht sich die Reformdiskussion, jedenfalls im Westen Deutschlands, seit langem im Kreis. Aber die wachsende Finanznot, die Bund und Länder bedrängt, bringt heftige Bewegung in das Bild.

Einschneidende Sparmaßnahmen, wie sie vor kurzem noch undenkbar gewesen wären, werfen jede Planung über den Haufen. Und grundlegende Änderungen der rechtlichen und tatsächli-

chen Strukturen rücken in greifbare Nähe.

Allerdings ist die Verquickung von finanziellen Kürzungen und Reform nicht unproblematisch. Zu leicht kann diese zum Alibi für jene werden. Gerade in den neuen Bundesländern, in denen die Mittel besonders knapp sind, ist diese Gefahr groß. Hinzu kommt hier, daß sich die Hochschulen, neugegründete wie erneuerte, noch in unterschiedlichen Stadien des Aufbaus befinden, Restriktionen in den sächlichen und personellen Mitteln sie mithin un-

gleich härter treffen als konsolidierte Einrichtungen. Zudem stellt sich auch die Reformaufgabe anders. Denn ob- schon es die gleichen Organisations- formen und Mechanismen sind wie in den alten Bundesländern - die Über- tragung ist oft scharf und ohne Sinn für die damaligen Realitäten kritisiert worden -, so wirken sich doch deren unbestreitbare Mängel weit weniger gravierend aus. Die kleineren, beweg- licheren Einheiten, nach wie vor von den Impulsen und der Solidarität des Aufbruchs geprägt, in deutlich gerin- gerem Maße politisiert und polarisiert, funktionieren entschieden flexibler, rei- bungsloser und effizienter als ihre west- lichen Vorbilder.

Eine zweite Überlegung spricht eben- falls dafür, die neue Gestalt der Hoch- schule - über deren Aussehen ja kei- neswegs Einigkeit herrscht - hier nicht von Staats wegen schlagartig zu ver- ordnen. Innerhalb weniger Jahre sind die Universitäten und Fachhochschu- len aufgebaut oder reorganisiert wor- den, haben sich in vielen Fällen Hoch- schullehrer, Mitarbeiter und Studieren- de aus beiden Teilen Deutschlands zur gemeinsamen Tätigkeit zusammenge- funden, sind Strukturen geschaffen und Organe gebildet worden, haben diese Organe ihre Arbeit aufgenommen - und

ist nun der Punkt erreicht, wo dies al- les funktioniert und produktiv wird, wo sich die Kräfte ganz auf die Qualität von Forschung, Lehre und Studium konzentrieren könnten. Schon jetzt werden diese Kräfte übermäßig in An- spruch genommen, um auf immer ras- cher einander ablösende staatliche Vorgaben immer eingeschränktere Kon- zepte für die weitere Entwicklung zu entwerfen. Würden sie nun vollends durch eine überstürzte, oktroyierte Or- ganisationsform gebunden, so wäre die Folge nicht der erhoffte Produktions- schub, sondern eine Hemmung der Pro- duktivität für eine nicht unerhebliche Zeit.

Man wende gegenüber einem solchen Plädoyer für einen organischen Über- gang zu neuen Formen nicht ein, daß weitreichende Veränderungen in den Hochschulen nur von außen und durch Druck zu erreichen seien. Dies ent- spricht nicht den Erfahrungen in den neuen Ländern. Die Impulse und die Solidarität des Neubeginns haben ohne solchen Druck weit getragen; sie wer- den sich auch an der aus vielerlei Grün- den nunmehr notwendigen Hochschulreform bewähren. Sie wer- den Energien mobilisieren und Akzep- tanz bewirken und, ohne daß die ei- gentlichen Aufgaben der Hochschulen

zu kurzkommen, weiter tragen als jede Fremdsteuerung.

Die Landespolitik in Brandenburg folgt ersichtlich nicht diesen Überlegungen. Obwohl sich die Hochschulen noch im Aufbau befinden, werden ihre Mittel drastisch zusammengekürzt, ihre Strukturen mehr oder minder stark reduziert, wird hastig eine umfassende Neuregelung des Hochschulwesens vorangetrieben. Das heißt: Es besteht gerade in Brandenburg Anlaß, nach den langfristigen Perspektiven zu fragen und sich der Voraussetzungen zu vergewissern, die für eine positive Entwicklung auf lange Sicht erfüllt sein müssen.

2 Dabei geht es, wohlgemerkt, nicht um die Voraussetzungen, die zu schaffen wären, damit die brandenburgischen Hochschulen zukunftsfähig würden. Sie sind zukunftsfähig, sie fügen sich zu einer Hochschullandschaft zusammen, die sachkundig und mutig, realistisch und weitblickend konzipiert und in der Folgezeit konsequent verwirklicht worden ist. Demgemäß besteht auch kein Anlaß, dieses Konzept heute nachträglich abzuwerten. Daß es sich bei ihm keineswegs um das Produkt einer „Traumfabrik“ handelt, daß sich mit ihm das Land keineswegs „übernommen“ hat, ergibt

sich schon daraus, daß es bis heute erfolgreich umgesetzt werden konnte, obwohl Brandenburg den geringsten Anteil unter allen Bundesländern aus seinem Haushalt für die Wissenschaft aufbringt, seine Aufwendungen pro Kopf der Bevölkerung nur wenig mehr als 50 Prozent des bundesweiten Durchschnitts betragen.

Nachdem sich die Hochschulen erwartungsgemäß - und teilweise weit über die

Erwartungen hinaus - entwickelt haben, kann es nur darum gehen, daß die vorhandenen Voraussetzungen für ihre Zukunftsfähigkeit erhalten bleiben, daß sie nicht kurzfristig unter dem Druck der Haushaltsentwicklung ruiniert werden. Es geht darum, daß der Vorsprung, den die Hochschulen des Landes in den zurückliegenden Jahren gewonnen haben, nicht aufgegeben wird. Es geht darum, daß der Gewinn, den die aufstrebenden Hochschulen für die Entwicklung des Landes erwirtschaften, nicht verspielt wird.

Worin besteht der Vorsprung der brandenburgischen Hochschulen? Er besteht,

um nur die wichtigsten Stichworte zu nennen, in einer Fülle moderner Profilbereiche, innovativer Forschungsschwerpunkte und attraktiver Studien-

gänge. Er besteht in einem binnen weniger Jahre erreichten beachtlichen Leistungsstand der wissenschaftlichen Forschung, wie er sich etwa am Volumen der eingeworbenen Drittmittel ablesen läßt. Er besteht in einem Lehrangebot, dessen Qualität eine stetig steigende Zahl von Studierenden anzieht, er besteht in einem beweglichen System interdisziplinärer Zusammenarbeit innerhalb der Hochschulen, zwischen den Hochschulen des Landes und zwischen Hochschulen und sonstigen Forschungseinrichtungen sowie vielfältiger Kooperationen über die Landesgrenzen hinweg, zumal in der Wissenschaftsregion Berlin-Brandenburg, aber auch im nationalen und internationalen Raum.

Der Gewinn, der sich daraus für die Entwicklung Brandenburgs ergibt, liegt auf der Hand - auch wenn er von der brandenburgischen Politik, oder doch erheblichen Teilen derselben, nicht mit der nötigen Deutlichkeit wahrgenommen wird. Am wichtigsten ist, daß die Hochschulen die entscheidende Ressource des Landes, das im übrigen nur über wenige natürliche Hilfsgüter verfügt, fördert und entfaltet: die Begabung der jungen Generation. Durch die Universitäten und Fachhochschulen werden die künftigen Fach- und

Führungskräfte gebildet und ausgebildet, sie werden an das Land gebunden - in zunehmender Zahl auch von außen in das Land gezogen - und stehen ihm auf allen Feldern für den weiteren Aufbau zur Verfügung.

Namentlich die Wirtschaft, von deren Gesundung und Wachstum die Gesundung

und das Wachstum des Landes weitgehend abhängen, ist auf einen solchen qualifizierten Nachwuchs, aber auch auf die Fort- und Weiterbildung der im Berufsleben stehenden Generation angewiesen. Sie benötigt, zumal was die nur mühsam vorankommenden mittelständischen Unternehmen angeht, darüber hinaus die praxisorientierte Forschung, den Technologietransfer der Hochschulen.

Nicht zu unterschätzen ist auch im übrigen der Attraktivitätsgewinn, den die Hochschulen für ihren jeweiligen Standort bedeuten und der in vielen Fällen den Ausschlag für die Ansiedlung von Betrieben gibt. Dieser Effekt ist gerade für die schwachen Regionen bedeutsam und bestätigt, jedenfalls für den in Rede stehenden Bereich, das Konzept der „dezentralen Konzentration“, das die jungen Universitäten und Fachhochschulen als über das Land verteilte Motoren der Entwicklung be-

greift. Daß sie damit auch für den Arbeitsmarkt eine wesentliche Rolle spielen, ist offensichtlich - nicht allein insofern sie selbst Arbeitsplätze in beträchtlicher Zahl sichern, sondern indem sie durch ihre Lehre und Forschung, durch ihre Absolventen und wissenschaftlichen Erkenntnisse die Schaffung von Arbeitsplätzen ermöglichen.

3 Es ist nicht anzunehmen, daß die Landespolitik - auch über den Kreis der Wissenschaftspolitik hinaus - diese Zusammenhänge nicht erkennt. Weniger sicher ist, ob sie in der Not der schrumpfenden Haushalte und der allseitigen Konkurrenz um die unzureichenden Mittel die Konsequenzen zutreffend einschätzt, die sich aus massiven Kürzungen bei den Hochschulen für die Wissenschaftsstruktur, aber auch für die Wirtschaftsstruktur Brandenburgs ergeben. Anders ist es nicht zu verstehen, daß die in Kürze zu beschließende Mittelfristige Finanzplanung des Landes, jedenfalls nach den bislang erkennbaren Absichten, bis zum Jahre 2001 kontinuierlich einschneidende Absenkungen vorsieht und der ebenfalls bis 2001 reichende - Hochschulentwicklungsplan, wiederum nach dem gegenwärtigen Stand, Strukturen

und Personal weit unter das Maß herunterschiebt, das für die Fortsetzung des Ausbaus oder auch nur die Aufrechterhaltung des vorhandenen Angebots nötig ist.

So soll die Universität Potsdam, die allerdings auch im Verhältnis der Größenordnungen extrem überproportional belastet wird, mit - bis auf weiteres - 25 % der Hochschullehrer fast 50 % der Studierenden des Landes betreuen. Eine angemessene Ausstattung der Professuren - personell, sächlich, räumlich - ist vielfach auch in Schwerpunktbereichen, auf Gebieten von unmittelbarer Relevanz für die Wirtschaft, nicht mehr gewährleistet. Und landesweit wird der Ausbau der Studienplätze auf 20.000 bis zum Jahr 2001 „gestreckt“ - obwohl die Zahl der Studierenden dann 38.000 betragen und in der Folgezeit, zu der die Planung schweigt, bis gegen 50.000 ansteigen wird. Daß unter solchen Bedingungen das gegenwärtige Leistungsniveau nicht auf Dauer aufrechterhalten werden kann, muß nicht weiter begründet werden. Wenn die Überlast steigt, die Betreuungsrelation zwischen wissenschaftlichem Personal und Studierenden sich verschlechtert, dann sinkt die Qualität der Ausbildung, wird die Einhaltung der Regelstudienzeiten gefähr-

det, nehmen die Chancen der Absoluten auf dem Arbeitsmarkt ab. Wenn die Mittel, die für die Forschung zur Verfügung stehen, immer weniger ausreichen, wenn notwendige Geräte nicht angeschafft und ersetzt werden können, dann gehen über kurz oder lang Qualität und Effizienz der Forschung zurück, verlieren die Hochschulen auch insoweit an Attraktivität für exzellente Wissenschaftler und exzellente Studenten - und erwächst im Ergebnis dem Land insgesamt, und nicht zuletzt seiner Wirtschaft, schwerer Schaden.

4 Käme man zu dem Schluß, daß die von der Landesregierung ins Auge gefaßten Einschränkungen und Reduktionen unausweichlich sind, so wäre mit der Feststellung zu enden, daß die Zukunft der Wissenschaftslandschaft Brandenburgs dunkel erscheint, mit allen Auswirkungen, die dies auch für die Wirtschaft des Landes hätte. Es muß aber bezweifelt werden, daß derartige Zwangsläufigkeiten bestehen.

Gewiß verfügt Brandenburg nur über bescheidene Mittel, gibt die Entwicklung der Staatsfinanzen Anlaß zur Besorgnis, ist eine Besserung nicht abzusehen. Entsprechend muß überall konsequent gespart werden, müssen auch

die Hochschulen ihren gemessenen Anteil an den gemeinsamen Lasten tragen - was sie bis heute loyal und solidarisch getan haben und zweifellos auch in Zukunft tun werden. Dennoch ist zu fragen, ob die Einschnitte, die bei ihnen geplant sind, nicht zu tief gehen, ob nicht die Nachteile, die sie, und nicht nur sie, dabei auf lange Sicht erleiden, den kurzfristigen haushaltsmäßigen Vorteil überwiegen. Es ist auch zu fragen, ob die Verteilung der Mittel für investive und konsumtive Zwecke sachgerecht, ob nicht eine Verstärkung der Investitionen - einschließlich derer für die Hochschulen - erforderlich ist, damit auch künftig noch die erforderlichen Ausgaben auf der konsumtiven Seite, etwa im Sozialbereich, getätigt werden können.

Es hat den Anschein, als ob andere Bundesländer die finanzpolitischen Gewichte in diesem Sinne setzten. Das gilt auch für die neuen Bundesländer, die sich durchweg in einer ähnlich bedrängten Lage wie Brandenburg befinden. Selbst Mecklenburg-Vorpommern mit seinem deutlich schwächeren Budget unternimmt im Vergleich größere Anstrengungen für seine Hochschulen, ebenso Sachsen-Anhalt bei nahezu gleichem Volumen - von Thüringen und

Sachsen ganz zu schweigen. Die Parallele zu Sachsen-Anhalt legt den Hinweis nahe, daß die SPD, die in Brandenburg mit absoluter parlamentarischer Mehrheit die Regierung stellt, bundesweit mit großem Nachdruck die Verstärkung der Mittel für Wissenschaft und Forschung, für Aus- und Weiterbildung anmahnt. Es wäre zu wünschen, daß auch die brandenburgische Landespolitik dem folgte. Daß ein derartiger Kurs möglich ist, zeigt der Blick in andere Bundesländer.

5 Was also muß geschehen, um die Zukunftsfähigkeit der brandenburgischen Hochschullandschaft sicherzustellen - also auch sicherzustellen, daß die Hochschulen ihren Beitrag zum Aufbau des Landes weiterhin zu leisten vermögen?

● Zunächst, das folgt aus den zuletzt angestellten Erwägungen, benötigen die Hochschulen eine hinreichende und sichere finanzielle Basis. Das bedeutet, daß die für sie bestimmten Haushaltsmittel nach und nach soweit angehoben werden müssen, daß sie dem bundesweiten Durchschnittsanteil wenigstens in Grenzen angenähert werden. Dazu ist zweifellos ein schwieriger Prozeß des Umdenkens nötig, und vermutlich wird ein solches Umsteuern auch

nur in kleinen Schritten gelingen können. Es muß aber durchgesetzt werden - nicht im isolierten Interesse der Hochschulen, sondern im Interesse des Landes. Auf keinen Fall dürfen natürlich die Mittel weiter gemindert werden.

● Was die Hochschulentwicklungsplanung anbetrifft, die Fortschreibung der Strukturen der Hochschullandschaft, so ist es zwar selbstverständlich, daß sie immer wieder in regelmäßigen Abständen überprüft und nötigenfalls korrigiert werden. Es ist auch selbstverständlich, daß dabei der Rahmen der finanziellen Möglichkeiten eingehalten werden muß. Aber es darf nicht sein, entwertet die bislang getätigten Investitionen und gefährdet die Leistungsfähigkeit der Hochschulen, wenn man sie im Zuge eines rigiden Sparprogramms zur Manövriermasse der Finanzpolitik degradiert. Wie eng man auch die Strukturen während der Konsolidierungsphase anlegen mag, so muß doch Einvernehmen darüber bestehen, daß dies Vorkehrungen für eine schwierige Durchgangsphase sind. Das bedeutet, daß auch in dieser Phase keine Qualitätseinbußen für Forschung und Lehre, für Bildung, Ausbildung und Weiterbildung in Kauf genommen werden dürfen. Das bedeutet, daß man, wenn sich die Lage wieder zum Bes-

seren wendet, konsequent zum Ausbau auf der Grundlage der gemeinsam entwickelten Konzepte zurückkehrt. Das bedeutet schließlich, daß in der Zwischenzeit, während der Phase der Haushaltskonsolidierung, keine Maßnahmen getroffen werden dürfen, die dem künftigen weiteren Ausbau gemäß Konzept zuwiderlaufen.

● Eine dritte Voraussetzung ist nicht weniger wichtig: Wenn der Staat will, daß die Hochschulen mit knappen Mitteln und engen Strukturen die kommenden Jahren durchstehen und dabei leistungsfähig bleiben, so muß er sie als verantwortliche Partner behandeln und ihnen die Gelegenheit geben, ihre Angelegenheiten kraft ihrer Sachkunde und Sachnähe eigenverantwortlich zu gestalten. Es ist daher ein Schritt in die richtige Richtung, wenn der Wissenschaftsminister zusichert, daß den Hochschulen die strukturelle Ausfüllung des quantitativen Rahmens, den ihnen die Hochschulentwicklungsplanung zieht, ohne Vorbehalt überlassen bleiben soll. Es ist ein Schritt in die richtige Richtung, wenn im Wissenschaftsministerium zunehmend ernstlich über die Deregulierung des Hochschulrechts, über die Stärkung der Autonomie - im Hinblick auf strukturelle Entscheidun-

gen wie bezüglich der Personalgewalt - sowie über die Flexibilisierung und Globalisierung der Haushalte nachgedacht wird. Entscheidend aber wird sein, daß diese Überlegungen auch konsequent und ohne Ängstlichkeit umgesetzt werden - daß etwa bei der Globalisierung die Stellenpläne nicht ausgenommen werden, daß bei der Neuordnung des Hochschulrechts nicht sogleich wieder eine einheitliche Lösung verordnet wird. Viel besser wäre es, den Hochschulen im Rahmen einer weitgespannten Experimentierklausel - wie dies in Berlin geschieht - für eine bestimmte Zeitspanne die Möglichkeit einzuräumen, je eigene Wege zu entwickeln und eigene Modelle zu erproben. Je mehr Spielräume man ihnen eröffnet, desto besser werden sie in der Lage sein, ihre Energien zu mobilisieren, ihre Leistungen weiter zu steigern und ihre Profile zu schärfen. Zu einer partnerschaftlichen Bewältigung der Probleme gehört im übrigen auch, daß Staat und Hochschulen miteinander offen, vertrauensvoll und aufrichtig verfahren. Das heißt nicht nur, daß man die Lösungen wirklich gemeinsam entwickelt, auch hinreichend Zeit für Erörterungen und Stellungnahmen läßt. Das heißt auch, daß man die Sachverhalte, um die es geht, rückhaltlos an-

spricht, die Schwierigkeiten freimütig benennt. Es führt nicht weiter, wenn man ein exzellentes Hochschulkonzept, weil seine Fortführung mühsam wird, nachträglich als unrealistisch abwertet. Es führt nicht weiter, wenn man finanzbedingte Restriktionen in den Strukturen als Fortsetzung des Hochschulausbaus und Profilschärfung deklariert. Es belastet das Verhältnis, wenn man versucht, die Bemühungen um die Ausstattung der Hochschulen und die Arbeitsmarktpolitik gegeneinander auszuspielen - obwohl funktionsfähige Hochschulen einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes leisten.

6 Versucht man, aus alledem ein Resümee zu ziehen, so lautet es: Die brandenburgischen Hochschulen sind zukunftsfähig; die Aufgabe besteht darin, sie zukunftsfähig zu

erhalten. Voraussetzung dafür ist, daß ihnen eine zulängliche finanzielle Ausstattung zugebilligt und in Ansehung ihrer für die kommenden Jahre Planungssicherheit gewährleistet wird. Voraussetzung ist ferner, daß, auch wenn ihre Strukturen auf Zeit eingengt werden, ihre Leistungsfähigkeit nicht beschädigt und die Perspektive des weiteren Ausbaus nicht in Frage gestellt wird. Voraussetzung ist schließlich, daß man ihnen einen möglichst weitgespannten Rahmen eigenverantwortlicher Wahrnehmung ihrer Angelegenheiten einräumt und auf dieser Grundlage zu neuen partnerschaftlichen Formen der Problembewältigung zwischen Staat und Hochschulen findet. Gelingt es, diese Voraussetzungen zu verwirklichen, dann werden nicht nur die brandenburgischen Hochschulen die Zukunft gewinnen, sie werden auch entscheidend dazu beitragen, daß Brandenburg selbst die Zukunft gewinnt.

seren wendet, konsequent zum Ausbau auf der Grundlage der gemeinsam entwickelten Konzepte zurückkehrt. Das bedeutet schließlich, daß in der Zwischenzeit, während der Phase der Haushaltskonsolidierung, keine Maßnahmen getroffen werden dürfen, die dem künftigen weiteren Ausbau gemäß Konzept zuwiderlaufen.

● Eine dritte Voraussetzung ist nicht weniger wichtig: Wenn der Staat will, daß die Hochschulen mit knappen Mitteln und engen Strukturen die kommenden Jahren durchstehen und dabei leistungsfähig bleiben, so muß er sie als verantwortliche Partner behandeln und ihnen die Gelegenheit geben, ihre Angelegenheiten kraft ihrer Sachkunde und Sachnähe eigenverantwortlich zu gestalten. Es ist daher ein Schritt in die richtige Richtung, wenn der Wissenschaftsminister zusichert, daß den Hochschulen die strukturelle Ausfüllung des quantitativen Rahmens, den ihnen die Hochschulentwicklungsplanung zieht, ohne Vorbehalt überlassen bleiben soll. Es ist ein Schritt in die richtige Richtung, wenn im Wissenschaftsministerium zunehmend ernstlich über die Deregulierung des Hochschulrechts, über die Stärkung der Autonomie - im Hinblick auf strukturelle Entscheidun-

gen wie bezüglich der Personalgewalt - sowie über die Flexibilisierung und Globalisierung der Haushalte nachgedacht wird. Entscheidend aber wird sein, daß diese Überlegungen auch konsequent und ohne Ängstlichkeit umgesetzt werden - daß etwa bei der Globalisierung die Stellenpläne nicht ausgenommen werden, daß bei der Neuordnung des Hochschulrechts nicht sogleich wieder eine einheitliche Lösung verordnet wird. Viel besser wäre es, den Hochschulen im Rahmen einer weitgespannten Experimentierklausel - wie dies in Berlin geschieht - für eine bestimmte Zeitspanne die Möglichkeit einzuräumen, je eigene Wege zu entwickeln und eigene Modelle zu erproben. Je mehr Spielräume man ihnen eröffnet, desto besser werden sie in der Lage sein, ihre Energien zu mobilisieren, ihre Leistungen weiter zu steigern und ihre Profile zu schärfen. Zu einer partnerschaftlichen Bewältigung der Probleme gehört im übrigen auch, daß Staat und Hochschulen miteinander offen, vertrauensvoll und aufrichtig verfahren. Das heißt nicht nur, daß man die Lösungen wirklich gemeinsam entwickelt, auch hinreichend Zeit für Erörterungen und Stellungnahmen läßt. Das heißt auch, daß man die Sachverhalte, um die es geht, rückhaltlos an-

unter den gegebenen Bedingungen konkret auf- und weiterzubauen. Am Beispiel der FH Brandenburg möchte ich in Thesenform einige hochschulinterne und -externe Voraussetzungen dafür nennen.

1 Die Hochschule braucht eine zukunftsorientierte Struktur

In der Stadt Brandenburg als traditionellem Industriestandort wurde die Fachhochschule im Jahre 1992 zunächst mit ausschließlich klassisch zugeschnittenen ingenieur- und wirtschaftswissenschaftlichen Fächern gegründet. Das Fächerspektrum umfaßte die Studiengänge Maschinenbau, Elektrotechnik, Technische Physik und Informatik im Fachbereich Technik sowie Betriebswirtschaftslehre und Wirtschaftsinformatik im Fachbereich Wirtschaft.

Die Gründungskommission der FH Brandenburg hat jedoch mit einem beispielhaften integrativen Hochschulkonzept die entscheidende Grundlage für eine Modernisierung des Studienangebots gelegt. Als großer Vorteil hat sich die Tatsache erwiesen, daß insgesamt nur zwei Fachbereiche eingerich-

tet worden sind: Im Fachbereich Technik sind alle Studiengänge der Technik und der Informatik zusammengefaßt und im Fachbereich Wirtschaft die wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge. Beide Fachbereiche praktizieren eine enge Zusammenarbeit in Forschung, Lehre und Studium. Ab WS 1997/98 bieten sie z.B. den international ausgerichteten Aufbaustudiengang Technologie- und Innovationsmanagement gemeinsam an.

Kleinteiliges Denken ist in der Wissenschaftsorganisation offiziell zwar *out*, hält sich aber noch hartnäckig in den Köpfen einzelner Wissenschaftler. Integrative Konzepte, wie sie an modernen Hochschulen umgesetzt werden, stellen eine grundlegende Voraussetzung dar für tatsächliche Interdisziplinarität und Flexibilität in der effizienten Verwendung von Ressourcen.

Über Willensbildungs-, Verantwortlichkeits- und Leitungsstrukturen wäre an dieser Stelle noch viel zu sagen, die geltenden Grundlagen des BBHG beschreiben den status quo. Daß dieser verändert werden muß, darüber sind sich fast alle einig. Eine weitere Ausgabe dieser Zeitung sollte sich diesem Thema widmen.

2 Die Hochschule braucht berufsfeldorientierte Bildungskonzepte

Die Fachhochschule Brandenburg hat sich als eine in der Region verankerte anwendungsorientierte wissenschaftliche Einrichtung mit einer Vielzahl von Verbindungen zur kommunalen und regionalen Wirtschaft, der öffentlichen Verwaltung und der Kultur etablieren können. Dies dokumentiert sich u. a. in einer ständig wachsenden Zahl von Kooperationsprojekten, die die Hochschule mit Partnern in Stadt und Region durchführt.

Besondere Anerkennung findet bei regionalen und überregionalen Partnern das integrierte ingenieurwissenschaftliche Studium mit einem gemeinsamen Grundstudium, das die FH Brandenburg als erste und einzige Hochschule im Lande in Abstimmung mit Ingenieurverbänden und Unternehmen konzipiert hat und seit dem Wintersemester 1996/97 anbietet. Sobald das noch im Bau befindliche Laborgebäude, das mit einem Investitionsvolumen von 23,5 Mio DM eine Nutzfläche von 4.355 m² umfaßt, für Lehre und Forschung zur Verfügung steht, wird die Fachhochschule Brandenburg sowohl der materiell am besten ausgestattete

als auch der konzeptionell modernste ingenieurwissenschaftliche Standort mit den Disziplinen Maschinenbau, Elektrotechnik und Physikalische Ingenieurwissenschaften im Land Brandenburg sein.

3 Die Hochschule muß regional verankert sein

Die Verbundenheit zu regionalen Partnern aus Wirtschaft, Industrie, Handwerk, Wissenschafts- und Bildungsinstitutionen sowie Verwaltung sind die Voraussetzung dafür, daß die Hochschulen trotz der politischen Unwägbarkeiten sich weiter entwickeln können. Auch dazu möchte ich einige Beispiele aus der Entwicklung der Fachhochschule Brandenburg nennen.

Wie tragfähig die Verbindung unserer Hochschule mit der Region ist, zeigt sich auch darin, daß die Kooperationspartner der FHB mit Sachspenden in Höhe von 2,3 Mio DM dazu beigetragen haben, daß Lehre und Forschung an der Fachhochschule Brandenburg mit modernen Technologien erfolgen kann.

Diese Relation beruht auf Gegenseitig-

keit. So bietet die Fachhochschule Brandenburg schon seit Jahren verschiedene Veranstaltungen der Weiterbildung für die Region an. Dazu zählen die Aktivitäten der Studiengänge Betriebswirtschaftslehre und Wirtschaftsinformatik auf den Gebieten der betriebswirtschaftlichen Grundlagenvermittlung für Existenzgründer, Seminare in Marketing, Steuern, Recht und Controlling sowie in den Bereichen des Wissenserwerbs durch Multimedia ebenso wie die regelmäßig stattfindenden Vortragsreihen in den wissenschaftlichen Disziplinen der Hochschule für die Brandenburger Bevölkerung.

Besonders intensiv ist das Engagement der Fachhochschule bei der regelmäßigen Weiterbildung von Lehrern der Schulen der Region. So wurde die Weiterbildung von Informatiklehrern durch das Bildungsministerium als offizielle Bildungsmaßnahme des Landes Brandenburg anerkannt. Weiterhin wird im Juni/Juli 1997 eine bundesweite Weiterbildung von Physiklehrern durchgeführt. Neben Einzelveranstaltungen für Physiklehrer der Region werden ab Herbst 1997 regelmäßige Weiterbildungen in der Region stattfinden. Die Einbindung von Hochschullehrern in die Projektstage der Brandenburger Schu-

len ist inzwischen sozusagen Tradition geworden und zählt ebenfalls zu dem umfangreichen Angebot der Hochschule.

4 Die Hochschule muß Forschung und Lehre im Verbund betreiben

Gerade die praxisorientierten Fachhochschulen sind durch ihre besondere Aufgabenstellung in der Forschung beste Beispiele für die Verbindung von Forschung und Lehre. Forschendes Lernen gehört in allen Hochschulen zum didaktischen Konzept. In Brandenburg an der Havel finden sich die Belege dafür nicht nur in den zahlreichen Projekten in den Wirtschaftswissenschaften, den Aufträgen für angewandte Forschung und Entwicklung aus Firmen und Verbänden für die technischen Disziplinen, sondern auch und gerade im Bereich Informatik, der sich als profilbildender Wissenschaftsbereich der Hochschule durch eigene Neuentwicklungen und durch die Beteiligung an Landesprojekten auszeichnet. Daß dieses Konzept keineswegs auf das „spätere Studium“ beschränkt sein muß und darf, zeigt insbesondere die Begeisterung, mit der die Studierenden der Digitalen Medien sich bereits im

ersten Semester an Praxisprojekten beteiligen. So wird beispielsweise die redaktionelle Arbeit des Stadtfernsehens in Brandenburg nahezu ausschließlich von Studierenden der Digitalen Medien an unserer Hochschule abgedeckt.

5 Die Hochschule muß international integriert sein

Daß es zu Zeiten der Globalisierung von Kulturen und Märkten geradezu selbstverständlich ist, Lehre, Studium und Forschung mindestens auf europäischer Ebene im Zusammenspiel der internationalen Gemeinschaft der Wissenschaften zu betreiben, braucht nicht ausdrücklich hervorgehoben zu werden. Auch den jungen Hochschulen des Landes Brandenburg ist es bereits jetzt gelungen, sich auch auf diesem Spielfeld zu bewähren. So war es beispielsweise kein Lippenbekenntnis, daß unsere Hochschule ihren 5. Geburtstag unter das Motto „Die Fachhochschule Brandenburg - eine moderne Hochschule in Europa“ gestellt hat. Skeptikern erschien dies ein Wagnis zu sein angesichts der gerade abgelegten Kinderschuhe. Dennoch: Die sehr gute Resonanz bei den Partnerhochschulen auf Einladung der FHB an den Jubiläums-

feierlichkeiten teilzunehmen, hat sich spätestens bei der mit internationalen Referenten besetzten Abschlußveranstaltung als voller Erfolg erwiesen und auch die letzten kritischen Stimmen verstummen lassen.

6 Die Hochschule braucht die Unterstützung der BürgerInnen

In einer früher hochschulfernen Region Hochschulen aufzubauen, ist keine reine Angelegenheit von Baufachleuten, Städteplanern und Hochschulleuten. Auch eine Hochschule in den Mauern einer Stadt aufzubauen, bedeutet viel mehr. Das Denken und vor allem das Handeln der Bürger muß die Existenz der Hochschule so selbstverständlich berücksichtigen, wie dies auch bei den großen, arbeitgebenden Firmen, bei der Gestaltung des Bahnhofes oder bei den jährlichen Stadtfesten geschieht. In Brandenburg an der Havel ist die Integration der Hochschule sehr gut gelungen. Die Gesellschaft der Freunde der Fachhochschule Brandenburg ist ein Nukleus für diese Entwicklung in unserer Stadt, die letztendlich zu Entscheidungen der Stadtpolitiker, vom Oberbürgermeister über die Stadtverordneten bis in die Ämter der Kom-

mune führen, die die Interessen der Hochschule deutlich als die Interessen der Stadt widerspiegeln. Nur eine Hochschule im Herzen der BürgerInnen ist eine Hochschule in der Stadt.

7 Die Hochschule braucht die weitsichtige Unterstützung des Landes

Vor dem Hintergrund der ungünstigen Haushaltsentwicklung im Land Brandenburg wird sich die Brandenburgische Hochschulpolitik durch die Realisierung der im Hochschulentwicklungsplan (HSEP) dargelegten hochschulpolitischen Visionen bei der weiteren Entwicklung der Hochschulen im Land Brandenburg zu bewähren haben. Dies wird in ganz entscheidendem Maße davon abhängen, daß es einen *neuen politischen Konsens in der Hochschulpolitik* gibt. Vor allem muß es der Landesregierung gelingen, diesen Konsens in engem Einvernehmen mit den Hochschulen des Landes herzustellen. Gerade im Hinblick auf die

Tatsache, daß die Hochschulen in ihren Gründungs- und Aufbaujahren mit viel Erfolg ein je individuelles, unverwechselbares Profil entwickelt haben, bedeuten die im Zahlenwerk des HSEP-Entwurfes festgelegten Entwicklungslinien das 'Aus' für die bisherige Entwicklung. Außerdem stellen die personellen, sächlichen und inhaltlichen Festlegungen einen erheblichen Eingriff in die Autonomie der einzelnen Hochschulen dar, die andererseits mit der Umsetzung dieses Hochschulentwicklungsplanes und der vorgesehenen Novelle des Brandenburgischen Hochschulgesetzes ausdrücklich gestärkt werden soll.

Die Hochschulen brauchen einen qualitativ und quantitativ kohärenten Hochschulentwicklungsplan, der das Erreichte bewahrt, das bis zum Jahre 2001 Erreichbare formuliert und finanziell sichert sowie die weitere Entwicklung über 2001 hinaus offenhält.

PROFILNEUROSE. HOCHSCHULENTWICKLUNGSPLAN UND PRAXIS

**von Nils-Eyk Zimmermann,
Referent für Hochschulpolitik des Studierendenrates der Universität Potsdam**

Den Studierenden der Universität Potsdam, die in den letzten Wochen mehrmals Gelegenheit dazu hatten, sich mit Repräsentanten der Landesregierung über deren Wissenschaftskonzeption zu informieren, bleiben vor allem zwei Aussagen in Erinnerung. Der erste Satz lautet: „Wir haben die höchsten Ausgaben für Wissenschaft pro Student.“ Der zweite: „Der Wissenschaftsbereich ist unterfinanziert, lassen sie uns gemeinsam kämpfen.“ Goldene Worte aus dem Mund des Wissenschaftsministers Steffen Reiche; sie gilt es auf ihren Aussage-

gehalt hinsichtlich der Beschreibung des Zustandes brandenburgischer Forschung und Lehre zu untersuchen: Satz Nummer 1 suggeriert eine respektable Aufbauleistung, Nummer zwei formuliert eine in die Zukunft gerichtete Ziel festlegung. Ein Hochschulentwicklungsplan muss sich an dieser ministerialen Selbsteinschätzung ebenso messen lassen wie an der (vom Minister zu verantwortenen) Realität. Darüberhinaus gilt es, die von der Landesregierung vorgeschlagene Konzeption inhaltlich einer konstruktiven Kritik zu unterziehen.

1 Die Realität im Spiegel instrumentalisierter Zahlen

Um den Aufbauwillen der Landesregierung zu belegen, wird stets die Summe der Ausgaben des Landes pro Student von seiten des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur ins Spiel gebracht. Diese Zahl dient als Vorwand, die Kürzungspolitik des Landes argumentativ zu untermauern nach dem Schema: Wir haben mehr geleistet als andere, nun ist die Grenze der Belastbarkeit erreicht.

Was sagt diese statistische Größe nun aus? Erstens, dass in Brandenburg im Verhältnis zu den getätigten Ausgaben zu wenige Studierende das bereits vorhandene Hochschulangebot annehmen (können). Tatsächlich wird mit dem nun vorgelegten Entwicklungsplanentwurf die Bedarfs-Angebots-Lücke zementiert. Eine signifikante Änderung dieses Zahlenwertes, die ja von der Landesregierung gewünscht wird, würde nur auf Kosten der bewussten Unterversorgung stattfinden.

Denn zweitens gibt die Korrelation Ausgaben/Studierende den Hinweis, dass hohe Anfangsinvestitionen insbesondere bei der Schaffung von Flächenstudienplätzen getätigt werden müssen, bevor die brandenburgischen Hochschulen logistisch in der Lage

sind, die Landeskinder mit Studienplätzen zu versorgen: Mit Überlasten von 180 % in diesem Bereich (Uni Potsdam) ist es unverantwortbar, die Studierendenzahlen zu erhöhen, seien die Betreuungskorrelationen (Anzahl Lehrende/Anzahl Lernende) auch formal traumhaft niedrig.

Aus dem hier gesagten wird offensichtlich, dass die vom MWFK eingeführten Rechengrößen eher verschleiern als erklären. Wollte man tatsächlich den Stellenwert der Wissenschaft in der brandenburgischen Landespolitik messen, wäre ein Vergleich der Bundesländer anhand der Ausgaben für Wissenschaft und Forschung bezogen auf die Gesamteinwohnerzahl sinnvoll: Je mehr Priorität Wissenschaft und Forschung genießen, desto höher müsste diese Messgröße sein: Im Vergleich der neuen Bundesländer zeigt sich nun ein ganz anderes Bild, nämlich Brandenburg mit 129 DM auf dem letzten Platz, auf dem vorletzten Sachsen-Anhalt (193), Spitzenreiter ist Sachsen (263). Berücksichtigt man bei dieser Statistik noch die Ausgaben für medizinische Einrichtungen (um die sich Brandenburg mit Verweis auf das Berliner Angebot herumgewunden hat) vergrößert sich die Kluft zwischen der Mark und dem Rest der Fünf Neuen Länder. Der

Verdacht liegt folglich nahe, dass die brandenburgischen Hochschulen in der unangenehmen Position sind, einer

objektiv wissenschaftsfeindlichen Landesregierung gegenüberzustehen.

Ausgaben der öffentlichen Haushalte für Bildung und Wissenschaft im Vergleich*

	inkl. med. Einrichtungen	ohne med. Einrichtungen
Berlin	1.188	566
Mecklenburg-Vorpommern	503	198
Sachsen	500	263
Sachsen-Anhalt	488	193
Thüringen	421	228
Brandenburg	129	129
Neue Länder (ohne Berlin)	408	202

* Ausgaben/Kopf in DM; Quelle: Stat. Bundesamt, 1996

2 Der HEP und die Realität bewusster Unterfinanzierung: Fair-Zicht.

In dieser Realität bewusster Unterfinanzierung bemüht sich Wissenschaftsminister Steffen Reiche, unter der Überschrift „Den Hochschulbau fortsetzen - weiter Profil gewinnen“ Entwicklungsplanungen in die Diskussion zu stellen, allerdings eher im Bereich der plakativen beziehungsweise symbolischen Politik. Die exekutive Sprachregelung heißt konsequenterweise nicht 'Abschied von

den Ausbauplänen' sondern „zeitliche Streckung“. Zur Zahlen- gesellt sich die Sprachverirrung.

Studienplätze

Was sind nun die inhaltlichen Leitideen der auf den Zeitraum bis 2001 beschränkten Planungen, die, so der Minister, „im Dialog mit den Studierenden“ erörtert werden sollen. Die Antwort: Fair-Zicht. Statt 34.000 flächenbezogenen Studienplätzen im Jahr 2001 nur 19.992. Kon-

kret auf die Universität Potsdam bezogen heißt das: Statt 11.000 benötigter nur 5.830 geplante Studienplätze. Gleichzeitig wächst die Studierendenzahl im Land Brandenburg auf 39.106 Personen an. Das ergibt unter dem Strich eine bewusst in Kauf genommene Überbelastung von 100 Prozent landesweit. Im Jahr 2007 wird die Studierendenzahl auf über 50.000 angestiegen sein.

Obwohl auf diesen Tatbestand „seitens der Landesregierung die Bereitstellung der Studienplätze ausgerichtet“ sei, sei die Frage erlaubt, wie diese Bereitstellung aussehen wird – möglicherweise in Gestalt einer Bildungsoffensive der Landesregierung in den Jahren nach 2001?

Personalbezogene Studienplätze

Das zentrale Argument der Landesregierung, weshalb Brandenburgs Hochschulen attraktiv seien, ist die geringe Anzahl von Studierenden pro Lehrenden (Betreuungskorrelation). Im Widerspruch dazu soll mit der Angleichung dieses Wertes an westdeutsche Verhältnisse, also durch eine Verschlechterung, der zunehmende Bedarf an Studienplätzen bedient werden. So wird auf quasi-dialektische Weise der Widerspruch zwischen Personalabbau (auf den im Nachfolgenden noch genauer eingegangen werden soll) und Studienplatzschaffung gelöst werden. Die

Ideologie heißt: Personalbezogene Studienplätze.

Um diese Größe plausibel zu machen, ein Beispiel: An der Universität Potsdam werden im Jahr 2001 5.830 Studienplätze zur Verfügung stehen, auf denen sich 11.000 Studierende drängeln. Gleichzeitig reicht nach Ansicht des MWFK die Anzahl des wissenschaftlichen Personals (Ist-Bestand) aus, um 10.786 Studierende zu betreuen. Mit der Umsetzung des Hochschulentwicklungsplanes sollen die 11.000 Studierenden sogar nur von Personalkapazitäten, die in der Lage sind, 8.301 Studierende zu versorgen (Soll-Bestand), betreut werden.

Das zentrale Problem einer solchen Rechnung ist die Nichtbeachtung der Notwendigkeit von bereitzustellenden Flächen, sowie die ungenügende Differenzierung der Personalstellen. So wurden der Universität Potsdam 65 Personalstellen in den Haushalt gedrückt, „die nicht in ihre Binnenstruktur“ passen, vulgo: eigentlich gar nicht verwendet werden können. Die Nicht-Kündigung war eine politische Entscheidung der Landesregierung, die Universität muss doppelt büßen: Zum einen, weil sie diese aus ihrem Haushalt finanzieren muss, ohne sie sinnvoll einsetzen zu können, zum andern, weil sie nun als das Negativbeispiel opulenter Personalplanung an den manikürten Händen ei-

nes diskursbereiten Ministers durch die Arena getrieben wird. Die im Prinzip überflüssigen Stellen werden bleiben, die unentbehrlichen hingegen nicht besetzt.

Inhaltliche Umsetzungsstrategien: Profilierung

Der Hochschulentwicklungsplan ist im Grunde genommen nichts anderes als eine Planung des Bildungsabbaus. Seine eigentliche Aufgabe hingegen wäre es, die Leitlinien der Wissenschaftspolitik zu definieren: Die Akzentuierung des heimischen Angebots, die Unterstützung innovativer Forschung und Lehre durch das Land, die Schaffung von Voraussetzungen zur Lösung der Zukunftsfragen.

Mag eine solche idealtypische Formulierung von politischen Zielvorstellungen schon seit der Verkündung des Bildungsnotstandes vor über zwanzig Jahren in die Sphäre der Utopie gerückt sein, so ist diese inhaltliche Profilierung der Hochschulentwicklungsplanung meines Erachtens nötiger denn je.

Stattdessen: Finanzkeule, Überbürokratisierung durch die Ministerialverwaltung und die Suche nach Instrumentarien, die Kürzungen durchsetzen sollen. Wenn sich die Hochschulen profilieren sollen, heißt das nicht, Schwerpunktbereiche abzubauen, sondern „Parallelangebote“ abzubauen. Statt des sinnvollen Einsatzes

von Evaluationsinstrumentarien (Erfassung und Bewertung von Prozessen, Strukturen und Inhalten von Forschung und Lehre) zur qualitativen bedürfnisorientierten Verbesserung der Ausbildung, konstatiert man das begehrlische Schielen auf Einsparmöglichkeiten. Anstatt die Chancen von Geschlechterdemokratie zu erkennen, handelt man den Punkt Frauenförderung eher formal ab. Man muss nicht Skeptiker sein, um absehen zu können, dass mit der sogenannten „outputorientierten Ressourcensteuerung“ sich weniger am wissenschaftlich-didaktischen Ertrag als an einer globalen Kürzung des Budgets orientiert wird. Bildung wird ein Gut, das sich jeder gesellschaftlichen Verantwortung entzieht, sofern es seine Kosten wieder einspielt (Beispiel: Biotechnologie und der Verweis auf den Standort Deutschland). Tut Bildung das nicht oder ist der produzierte Gewinn nicht sofort nachweisbar, wird sie zur Belastung.

Der Diskurs als Grundlage guter, kritischer Wissenschaft tritt ohnehin in den Hintergrund. In den die Hochschulentwicklungsplanung ergänzenden Visionen des MWFK zum Hochschulrahmengesetz wird deutlich, dass Mitbestimmung und transparente Entscheidungsstrukturen als überflüssig angesehen werden. Die wesentlichen Beschlüsse der

Hochschule werden danach auf ein den akademischen Statusgruppen (Professoren, Studierenden, Mittelbau) entzogenes Gremium, ähnlich dem Vorstand eines Unternehmens delegiert, das wohl in der Lage ist, flexibel auf weitere Sparvorschläge einzugehen, jedoch zwangsläufig an der Formulierung gesellschaftlich relevanter Fragestellungen scheitern wird.

Zukunftsfähigkeit einer strukturschwachen Region

Rätselraten ist angebracht, wenn man herausfinden will, welche Prioritäten die SPD-Regierung in Brandenburg setzen will. Wenn sie die Förderung von Bildung und Wissenschaft als eine Zukunftsaufgabe definiert, gleichzeitig aber nicht bereit ist, sie nur mit den im Ländervergleich üblichen Mitteln auszustatten, agiert sie unglaublich. Wer glaubt, er könne die Hochschulen schlachten, noch bevor er sie überhaupt aufgebaut hat, kann offensichtlich kein guter Metzger,

jedoch Wissenschaftspolitiker werden. Die Studierenden sind die Leidtragenden. Auf der einen Seite eingefahrene Universitätsstrukturen und bequeme Lebenszeit-ProfessorInnen, auf der anderen Seite die politische Ebene, der es nicht um Qualitätsverbesserung von Forschung und Lehre geht, da diese nicht investiv genug zu sein scheint. Studierende werden zur Belastung, die Zugangsvoraussetzungen zu den Hochschulen werden erschwert, von den verschlechterten Arbeitsbedingungen ganz zu schweigen.

Erst wenn die Chance, die in der Wissenschaft liegt – zumal in einem strukturschwachen Land wie diesem – erkannt wird, wenn Hochschulen angemessen ausgestattet werden, ist eine qualitative Verbesserung von Forschung und Lehre zu erwarten. diese Verbesserung trüge einen guten Teil dazu bei, Arbeitsplätze zu sichern, qualifizierte Neubürger zu gewinnen sowie wirtschaftlichen Aufschwung zu ermöglichen.

WISSENSCHAFTSSTANDORT BRANDENBURG — ENTWICKLUNG MIT ZUKUNFT?

**von Gerd Köhler,
Hauptvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft**

Die Köpfe wieder frei zu bekommen, um Neues denken zu können, ist der Wunsch vieler, die in den Hochschulen und Forschungseinrichtungen lernen und arbeiten. Die Realisierung dieser Wünsche möglich zu machen, muß das Ziel einer vorausschauenden Wissenschaftspolitik sein, weil das, was dort gelehrt, gelernt und geforscht wird, die wirtschaftliche und soziale, die kulturelle und ökologische Entwicklung auch des Landes Brandenburg ganz wesentlich bestimmt. Der von Wissenschaftsminister Reiche im Mai

1997 vorgelegte Entwurf eines „Hochschulentwicklungsplans“ muß sich daran messen lassen, ob er die Innovationskraft der Wissenschaftseinrichtungen stärkt und das wissenschaftliche, technische und Verwaltungspersonal motiviert, ihren Beitrag zur Wissenschafts- und damit auch zur Landesentwicklung zu leisten.

Ich denke, es muß nachgelegt werden: Es müssen neue Formen des gemeinsamen Nachdenkens über die Zukunft der Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Brandenburg gefunden

werden. Die notwendigen Veränderungen brauchen Menschen, die bereit sind, sie mitzutragen und umzusetzen. „Innovation durch Partizipation“ sollte der Weg sein, über den sich die Hochschulangehörigen mit ihrer Hochschule wieder stärker identifizieren und sie mitgestalten können. Für die Diskussion über den Hochschulgesamtplan sollte das heißen: Verlängerung der Fristen für Stellungnahmen, offene Foren zu seinen zentralen Aussagen, Beratungen in den Entscheidungsgremien der Hochschulen. Der Funke muß überspringen, sonst wird der Hochschulgesamtplan nur fortgeschrieben, bestenfalls hingenommen.

Der Hochschulgesamtplan-Entwurf ist recht kurzfristig angelegt. Er orientiert sich im wesentlichen am Jahr 2001. Obwohl weiterführende Aussagen angesichts der wirtschafts- und haushaltspolitischen Lage des Landes mit Unsicherheiten verbunden sind, schlage ich vor, auch längerfristig Vorstellungen zu entwickeln, Visionen, die die Enge von Kürzungsaufgaben, Stellenbewirtschaftungsmaßnahmen oder ungenügenden BAföG-Anpassungen überwinden. Solche Ideen machen es vielleicht auch leichter, die „Zeit der restriktiven Kompromisse“ zu überstehen, ohne die Lust

zu verlieren, die Zukunft neu denken zu wollen.

Die brandenburgische Wissenschaftspolitik hat in den vergangenen Jahren eine enorme Entwicklung gemacht. Das geringe Ausbildungsangebot, der weitgehende Zusammenbruch der Industrieforschung, die Auflösung der Akademie der Wissenschaft waren schlechte Ausgangspunkte. Die Gründung der Universitäten und Fachhochschulen war kühn, sie ist - mit Abstrichen - gegen viele Widerstände durchgesetzt worden. Im Ländervergleich ist viel erreicht, auch wenn Studierende genauso wie das wissenschaftliche, technische und Verwaltungspersonal - berechtigt - über die mit der Umbruchphase verbundenen Einschränkungen klagen. Alternativen waren denkbar, sie konnten nicht durchgesetzt werden. Das gilt auch für die neuen Forschungsinstitute. Das Erreichte muß konsolidiert werden - das wird schwer genug. Daher darf der Schwung zu Neuem nicht in der Verteidigung des Status quo erstickt werden. Der Erfolg des Hochschulgesamtplans wird darin liegen, eine Balance zwischen Konsolidierung und Aufbruch, zwischen der Arbeitsplatzsicherung der Beschäftigten und der Eröffnung sinnvoller Arbeitsperspektiven

für die Nachwachsenden zu schaffen. Erwartungs- und Planungssicherheit sind wesentliche Voraussetzungen für die Bereitschaft zur Veränderung. Viel Vertrauen ist in den vergangenen Jahren zerstört worden. Vereinbarungen zwischen den Hochschulen und der Landesregierung, zwischen der Landesregierung und den Gewerkschaften könnten das Klima wieder verbessern.

Nach den ersten Beratungen über den Entwurf des Hochschulgesamtplans und die Vorschläge zur Novellierung des Landeshochschulgesetzes sehe ich Diskussionsbedarf bei folgenden Problemen:

1 Sicher, die Studienanfängerzahlen steigen in Brandenburg, es ist aber noch lange nicht die Quote der westdeutschen Bundesländer erreicht. Wer globale Arbeits- und Lebensbedingungen will, muß sich dafür einsetzen. Also: werben für ein Studium in Brandenburg.

2 Alle reden von der Verbesserung der Qualität von Lehre und Studium, meist erschöpfen sich die Vorschläge in Maßnahmen zur Einhaltung von Regelstudienzeiten. Ein „konzentriertes Studium“ setzt mehr voraus: die

Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Studium und Beruf, mit der Frage, was Studierende mit dem Gelernten nach Abschluß der Hochschule anfragen können. Daraus resultiert auch meine Skepsis gegenüber den neuen Bachelor-Abschlüssen: welche neuen Beschäftigungsmöglichkeiten werden damit eröffnet?

3 Es wird eine engere Verzahnung von Hochschulforschung und Unternehmen, mehr Kundenorientierung gefordert. Niemand wird sich dem Gedanken widersetzen, die Innovationsfähigkeit der Betriebe durch Wissens- und Technologietransfer zu verbessern. Gesichert werden muß die Eigenständigkeit der wissenschaftlichen Arbeit, sie darf den kurzfristigen Gewinnerwartungen des shareholder-value Konzepts nicht nachgeordnet werden. Die Amerikaner diskutieren die Gefahr des „mainstreamism“.

4 Ausgebaut werden müssen die Weiterbildungsangebote der Hochschulen. Wissenschaftliche Weiterbildung ist von besonderer Bedeutung in Transformationsphasen. Sie darf nicht wie viele Forschungsaktivitäten aus den Hochschulen auswandern. Es müssen Organisationsformen gefunden werden,

diese Aufgaben in der Hochschule zu organisieren und als Hochschule anzubieten.

5 Wer diese Veränderungen der Hochschulen will, muß auch über die künftigen Strukturen des tertiären Bereichs nachdenken. Neue Formen des institutionellen Zusammenwirkens zwischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen, zwischen Universitäten und Fachhochschulen, die Integration der Fachhochschulen des öffentlichen Dienstes und das Angebot dualer Studienangebote müssen in einem Hochschulsystem möglich gemacht werden, das in sich differenziert und gleichzeitig durchlässig ist.

6 Wer einen solchen Wissenschaftsbetrieb will, muß den Menschen, die in ihm Forschung und Lehre, Weiterbildung und wissenschaftliche Dienstleistungen anbieten, wissenschaftsadäquate Arbeitsbedingungen schaffen. Der Hochschulgesamtplan muß durch einen Personalentwicklungsplan ergänzt werden, der eine aufgabengerechte Personalausstattung garantiert und für eine angemessene Förderung von Frauen und wissenschaftlichem Nachwuchs sorgt. Hochschulgesetze von Bund und Land sollen so

verändert werden, daß eine tarifvertragliche Regelung der Arbeitsbedingungen des gesamten Hochschulpersonals möglich wird.

7 Die Willensbildungs- und Entscheidungsstrukturen müssen verändert werden, wenn die Hochschulen ihren wachsenden Aufgaben gerecht werden sollen. Die gewollte Professionalisierung der Hochschulsebstverwaltung darf aber nicht zu einem Abbau demokratischer Mitbestimmungsrechte führen. Management und Mitbestimmung soll der Weg heißen, der zu neuen Formen einer effektiven und transparenten Arbeitsteilung genauso führen soll wie zu einer Rechenschaftslegung gegenüber der Öffentlichkeit und einem Staat, der Kompetenzen an die Hochschulen abgibt.

8 Die Haushalte der Hochschulen sollen globalisiert werden. Dieses wird unterstützt, wenn es nicht dazu führt, daß sich der Staat aus seiner Verantwortung für eine aufgabengerechte Hochschulfinanzierung zurückzieht. Durch Vereinbarungen muß geregelt werden, daß auch die kleinen Fachbereiche und daß die Querdenker eine faire Chance bei der hochschulinternen Mittelvergabe erhalten. Grundsätze für

die Personalpolitik müssen ausgehandelt werden, wenn die „Flexibilisierung der wissenschaftlichen Arbeitskraft“ nicht zu deren Lasten gehen soll.

9 Die regionale Verankerung der Hochschulen muß verstärkt werden, sie darf aber nicht zu deren Provinzialisierung in einer Zeit führen, in der die Hochschul- und Forschungspolitik zunehmend internationalisiert wird. Die Mobilitäts-Programme für Studierende wie für das wissenschaftliche Personal müssen ausgebaut werden. Internationale Zentren an den Hochschu-

len sollen die internationale Kooperation unterstützen.

10 Von den Hochschulen werden in zunehmendem Maße Dienstleistungen erwartet, sie dürfen sich darauf nicht reduzieren lassen. Sie sind auch der kritischen Aufklärung verpflichtet. Die individuelle Freiheit der wissenschaftlichen Arbeit muß genauso wie die institutionelle Autonomie gestärkt werden, damit Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung betrieben werden und damit Wissenschaft ihren Beitrag zur wirtschaftlichen und sozialen Landesentwicklung leisten kann.

STUDIERENDE ALS WIRTSCHAFTSFAKTOR?

von Prof. Dr. Klaus Gloede,
Professur für Regionale Wirtschaftspolitik, Universität Potsdam

Angesichts der zunehmenden Finanznot der öffentlichen Haushalte und ihrer Bemühungen um Einsparungen avancieren die Universitäten und Hochschulen zu geeigneten Objekten der Konsolidierung. Um dem Sterotyp der Kosten erzeugenden Stätte akademischen Unwesens ein Konterfeit entgegenzusetzen, haben sich Wirtschaftswissenschaftler der Universität Potsdam darangemacht, die sozioökonomische Lage der gegenwärtig 6.525 Studierenden der Universität Potsdam zu untersuchen, um regionalökonomische

Aussagen treffen zu können. Eine solche Untersuchung ist für einen Studienstandort in den neuen Bundesländern erstmalig vorgelegt worden.

Hauptgegenstand dieser Untersuchung waren die Höhe und die Quellen der studentischen Einkommen und die Höhe, die regionale Verteilung und sachliche Struktur studentischer Ausgaben. Daneben sollten die regionalen Effekte, die diese Ausgaben in der Stadt und im Umland erzeugen, analysiert werden.

Grundlage der Analyse war eine reprä-

sentative, schriftliche Befragung von 5.000 Vollzeitstudierenden mittels eines standardisierten Fragebogens, der mit einer Rücklaufquote von über 22% beantwortet wurde.

Folgende Aussagen lassen sich zunächst für die Grundgesamtheit aller Studierenden ableiten:

Wohnort und Wohnart

Rund 80% der Studenten haben ihren Haupt- oder Nebenwohnsitz in der Postleitzahl-Region Potsdam, in der Stadt Potsdam 65,5%. Mehr als ein Viertel haben einen Haupt- oder Nebenwohnsitz in Berlin, 18% einen in den alten Bundesländern. Über drei Viertel sind noch bei den Eltern mit Haupt- oder Nebenwohnsitz gemeldet. 14,7% der Studenten geben an, daß sie ausschließlich bei den Eltern wohnen. Demgegenüber haben fast ein Drittel der Studenten eine eigene Wohnung. Von den Studenten, die eine eigene Wohnung angemietet haben, gibt rund die Hälfte an, über keinen Nebenwohnsitz zu verfügen. In einem Studentenwohnheim (als Haupt- oder Nebenwohnsitz) wohnen 41%, wobei fast ausschließlich Studentenwohnheime des Studentenwerks Potsdam bewohnt werden.

Höhe und Quellen regelmäßiger Zuwendungen

Regelmäßige Zuwendungen in Form von Bafög, Stipendien, Bankdarlehen, Zuwendungen der Eltern bzw. Partner und sonstigen Zuwendungen erhalten 92% der Studenten. Nur ein sehr geringer Anteil kann auf regelmäßige Zuwendungen durch Partner (4,4%) Stipendien (2%) oder Bankdarlehen (0,5%) zurückgreifen. Hauptquelle regelmäßiger monatlicher Bezüge sind die Zuwendungen der Eltern. Mehr als drei Viertel aller Studenten werden von ihnen durch regelmäßige Geldzuwendungen unterstützt. Durchschnittlich überweisen die Eltern, die ihre studierenden Kinder unterstützen, 560 DM in die studentische Kasse. Die Hälfte aller Studenten mit Elternzuwendungen erhält wenigstens 400 DM, ein Viertel sogar 700 DM und mehr. Deutliche Unterschiede zeigen sich bei der Höhe der Elternzuwendungen je nach Wohnsitz der Eltern. Studenten, deren Eltern in den alten Bundesländern wohnen, bekommen im Mittel 330 DM mehr als Studenten, deren Eltern in den neuen Bundesländern wohnen. BAFöG-Zahlungen erhalten rund ein Viertel der Studenten, wobei im Mittel 530 DM vom Studentenwerk überwiesen werden.

Regelmäßige Arbeit

Eine weitere Möglichkeit fixe monatliche Einkommen zu erzielen, besteht in der regelmäßigen Arbeit neben dem Studium. Mehr als die Hälfte der Studenten nimmt diese Möglichkeit wahr. Die Gruppe der Studenten, die regelmäßig arbeitet, läßt sich bezüglich der wöchentlichen Arbeitszeit in zwei Hälften unterteilen. Die eine Hälfte arbeitet bis zu 10, die andere mehr als 10 Stunden. Immerhin 12,5% aller Studenten gibt eine wöchentliche Arbeitszeit von 15 und mehr Stunden an. Deutlich wird vor allem, daß das regelmäßige Arbeitsverhalten neben dem Studium enge Zusammenhänge zum Alter und der Semesteranzahl aufweist. Ist es bei den Studenten bis 20 Jahre nur rund ein Drittel, arbeiten von den über 24jährigen mehr als zwei Drittel regelmäßig. Die Hälfte aller regelmäßig Arbeitenden verdient nicht mehr als 500 DM im Monat, ein Viertel aber immerhin mehr als 800 DM.

Gelegentliche Arbeit

Durch gelegentliche Arbeiten haben fast zwei Drittel der Studenten zusätzliche Einnahmen, wobei von den hier betrachteten Studenten die Hälfte höchstens 1.500 DM im Jahr verdienen. 3.000 DM im Jahr durch unregelmäßi-

ge Arbeit bekommt ein Viertel der „Gelegenheitsarbeiter“. Im Gegensatz zum regelmäßigen Arbeitsverhalten zeigt sich jedoch, daß der Anteil der unregelmäßig Arbeitenden bei den bis 20jährigen am höchsten ist (73%). Bei der Altersgruppe 21-24 Jahre beträgt dieser Anteil rund 64% und bei den über 24jährigen 65%. Bei „Gelegenheitsarbeiten“ wollen 57% der Studierenden mindestens einen Stundenlohn von 12 DM realisieren. Immerhin 30% würden aber auch einen Mindest-Stundenlohn bis 10 DM akzeptieren. Mehr als 15 DM als Untergrenze für gelegentliches Arbeiten verlangen knapp 10% der Studenten.

Ausgabeverhalten

Fast 1.000 DM im Monat geben die Studenten im Mittel für ihre Lebenshaltung aus. Knapp 80% dieser Summe entfallen dabei auf die grundlegenden Ausgaben für Miete, Ernährung, Kleidung, Fahrtkosten, Lernmittel etc. Rund 200 DM werden durchschnittlich im Freizeitbereich ausgegeben. Von den 81% der Studierenden mit Mietausgaben zahlen drei Viertel nicht mehr als 400 DM, knapp 9% über 500 DM. Durchschnittlich rund 200 DM werden für Nahrungsmittel verwendet. 50% gibt Fahrtkosten von bis zu 100 DM

an, nicht ganz so viel wird im Mittel für Kleidung ausgegeben (80 DM). Ausgaben für Cafe, Kneipe, Restaurant und Kino tätigen rund 90% aller Studenten. Geld für Theater- und Konzertbesuche geben rund zwei Drittel aus, während 40% Ausgaben für sportliche Freizeitaktivitäten angeben.

Da sich die Studierenden hinsichtlich ihrer Einnahmen und Ausgaben stark unterschieden, bot sich eine clusteranalytische Untersuchung an. Im Ergebnis Untersuchung konnten vier Cluster („Gruppen“) identifiziert werden:

Cluster	Anteil in %
„Potsdamer“	8,5
„Elternwohner“	18,5
„Studentenheimer“	56,5
„Berliner“	16,5
Total	100

Einkommenstruktur der Gruppen im Vergleich

Bei einer Gegenüberstellung der Gruppen zeigen sich sowohl Unterschiede als auch Gemeinsamkeiten der Gruppen in ihrer Einkommensstruktur. Unter Verwendung der Gesamtgruppendurchschnitte ergibt sich folgendes Bild:

Haben die Gruppen der „Potsdamer“ und „Berliner“ Studenten ein weitge-

hend gleich hohes Monatseinkommen, so unterscheiden sich die Einkommen beider Gruppen jedoch hinsichtlich ihrer Struktur. So ist bei den „Potsdamern“ der prozentuale Anteil der Zuwendungen der Eltern und der Einkünfte aus eigener regelmäßiger Arbeit am monatlichen Einkommen im Vergleich geringer als bei den „Berlinern“. Im Gegenzug verfügen die „Berliner“ im Gesamtgruppendurchschnitt über prozentual vergleichsweise geringere Einkünfte aus den anderen genannten Quellen, insbesondere BaföG erhalten sie weniger.

Wesentlich augenfälliger als die strukturellen Unterschiede zwischen den Gruppen sind die Unterschiede in den absoluten Höhen der Einkünfte. Sind die Gruppen der „Potsdamer“ und „Berliner“ gleichermaßen Einkommensspitzenreiter, nehmen die „Studentenheimer“ eine mittlere Position ein, während die „Elternwohner“ das Schlußlicht hinsichtlich der nominalen Einkommenshöhe bilden. Bei einem Vergleich der nominalen Einkommenshöhen muß jedoch berücksichtigt werden, daß die Studenten der letztgenannten Gruppe wahrscheinlich von geldwerten Vorteilen partizipieren, die sich aus einem kostengünstigen oder kostenlosen Wohnen im elterlichen

Haushalt ergeben. Vergleiche zwischen den Gruppen auf der Basis des nominalen Einkommens erscheinen deshalb nur bedingt geeignet. Um auf das reale, frei verfügbare Monatseinkommen der Gruppen zu schließen, müssen daher auch die Unterschiede in den Ausgabenhöhen und Ausgabenstrukturen Berücksichtigung finden - ein Versuch der im nächsten Schritt unternommen werden soll.

Ausgabenstruktur der Gruppen im Vergleich

Vergleicht man die Ausgabenstrukturen der Gruppen, so zeigen sich Unterschiede nicht nur in der Höhe und Struktur der Ausgaben, sondern auch hinsichtlich der regionalen Struktur bzw. Verteilung der Ausgaben. Lebenshaltungskosten in gleicher nominaler Höhe weisen die Gruppen der „Potsdamer“ und „Berliner“ auf. Unterschiede zwischen diesen beiden Gruppen ergeben sich aus dem Umstand, daß die „Potsdamer“ im Monat rund 100 DM mehr für Miete ausgeben müssen als ihre „Berliner“ Kommilitonen. Weisen die „Elternwohner“ aufgrund ihres mietfreien Wohnens sowie ihrer deutlich geringeren Ausgaben für Ernährung die geringsten Lebenshaltungskosten auf, so nehmen die „Studentenheimer“ im

Gruppenvergleich eine mittlere Position ein.

Betrachtet man jedoch die Freizeitausgaben, zeichnet sich ein anderes Bild der Gruppen. Hinsichtlich der nominalen Ausgabenhöhe in diesem Bereich sind die „Berliner“, gefolgt von den Elternwohnern, führend. Das Schlußlicht bezüglich der nominalen Freizeitausgaben bilden die „Potsdamer“ und „Studentenheimer“ mit einem etwa gleich hohen Ausgabenvolumen von rund 150 DM im Monat. Gründet man den Vergleich nicht auf der nominalen Ausgabenhöhe, sondern auf der prozentualen Ausgabenhöhe gemessen an den monatlichen Gesamtausgaben, revidiert sich das Bild ein weiteres Mal. So tätigen unter dieser Perspektive die „Elternwohner“ etwa 30 Prozent ihrer Gesamtausgaben im Freizeitbereich. Da dies prozentual etwa doppelt soviel ist wie in den anderen Gruppen, wäre unter dieser Sichtweise für die Gruppe der „Elternwohner“ auch die Bezeichnung „Die Freizeitaktivisten“ eine denkbare Alternative.

Betrachtet man die regionale Struktur der Ausgaben, so ist für die Gruppen der „Potsdamer“ und „Berliner“ bereits die Benennung bezeichnend. Beide Gruppen haben ihren regionalen Ausgabenschwerpunkt deutlich in dem je-

weils namensgebenden Ort. Interessant ist jedoch, daß die „Berliner“ in Potsdam nominal als auch prozentual mehr ausgeben als umgekehrt die „Potsdamer“ in Berlin. Die regional sehr differenzierte Ausgabenstruktur in der Gruppe der „Elternwohner“ liegt hingegen wahrscheinlich in der unterschiedlichen regionalen Herkunft der Gruppenmitglieder begründet. Ausgaben im Umland werden im Gruppenvergleich größtenteils von Studenten dieser Gruppe getätigt. Aus dem Aspekt der Herkunft dürfte sich bei der Gruppe der „Studentenheimer“ auch die vergleichsweise hohe Verausgabung von Geldmitteln „woanders“ erklären. Da diese Studenten zu großen Teilen ihren Lebensmittelpunkt jedoch in Potsdam haben, liegt auch ihr regionaler Ausgabenschwerpunkt in Potsdam.

Prognose der monatlichen und jährlichen Gesamtausgaben

Die ausführlich vorgestellten Ergebnisse der Clusteranalyse dienen als Grundlage der Berechnung der Gesamtnachfrage, die durch die 6.525 Vollzeitstudenten der Universität Potsdam im Wintersemester 1996/97 in Potsdam, dem Umland und Berlin entsteht.

Durch eine Aggregation des gesamten Einkommensvolumens der Studenten-

schaft der Universität Potsdam ergibt sich ein monatliches Gesamteinkommen von etwa 7,5 Millionen DM. Dem stehen monatliche Gesamtausgaben von 6,13 Millionen gegenüber, bei denen auf der Grundlage der Auswertung der Fragebogen genaue Angaben über regionale Ausgabenstruktur und -höhe getroffen werden können. Der Differenzbetrag kann wiederum als hypothetischer Sparbetrag interpretiert werden. Über die Hälfte (51,4%) dieser Gesamtausgaben wird in der Stadt Potsdam getätigt, dies entspricht einem durch Studenten der Universität Potsdam induzierten monatlichen Nachfragevolumen von 3,16 Millionen DM. In Berlin werden rund 1,98 Millionen DM wirksam, was einem Anteil an den Gesamtausgaben von ca. 32% entspricht. Dahingegen fällt dieser Anteil für die Umland-Region mit sieben Prozent und der durch „woanders“ deklarierten Region mit 10% vergleichsweise gering aus. Fast ein Drittel der in Potsdam getätigten Ausgaben (1,008 Millionen DM) entfällt auf Mietaufwendungen. Mehr als 800.000 DM geben die Studenten monatlich für Nahrungsmittel in Potsdam aus. Für den Besuch von Potsdamer Cafes, Kneipen und Restaurants werden monatlich 150.000 DM verwendet. Eine Vergleich der Ver-

teilung der monatlichen Gesamtausgaben auf die einzelnen Gütergruppen ergibt für Potsdam und Berlin deutliche Unterschiede. So beläuft sich der Anteil der Ausgaben für Miete an den Gesamtausgaben in Berlin auf nur 24%. Mit 15% ist auch der Anteil der Ausgaben für Nahrungsmittel in Berlin vergleichsweise gering (Potsdam 25,6%). Sogar im nominalen Vergleich höher sind jedoch die Ausgaben der gesamten Studentenschaft in Berlin gegenüber denen in Potsdam für Kino/Disco, Cafe/Kneipe/Restaurant, Theater/Konzerte und sonstige Freizeitaktivitäten. Sicher wenig verwunderlich erscheint, daß in Berlin für Theater und Konzerte aufgrund der höheren Angebotsdichte und -attraktivität mit monatlich 61.000 DM doppelt so viel ausgegeben wird wie in Potsdam. An den Gesamtausgaben für Kleidung (rund 461.000 DM) partizipieren Berliner Anbieter überproportional. Rund die Hälfte der Gesamtausgaben für Bekleidung wird von den Studenten in Berlin getätigt, während in die Kassen von Potsdamer Anbietern nur knapp ein Drittel dieser Ausgaben fließt. Es ergibt sich ein jährliches Ausgabenvolumen der 6.525 Vollzeitstudenten der Universität Potsdam von 66 Millionen DM. Für Potsdam und Berlin können

Ausgabenvolumen von rund 33,6 bzw. 21,5 Millionen DM prognostiziert werden.

Geht man davon aus, daß die Zahl der immatrikulierten Studenten an der Universität Potsdam in einem mittelfristigen Zeithorizont auf 10.000 steigt, so lassen sich mit dem bisherigen Szenario auch hierfür Prognosewerte ermitteln. Unter dieser Perspektive ergäbe sich ein monatliches Gesamtausgabenvolumen von 9,4 Millionen DM. Auf die Stadt Potsdam würden hierbei 4,8 und auf Berlin 2,9 Millionen DM entfallen. Das jährliche Ausgabenvolumen von 10.000 Studenten kann mit einer Höhe von 101 Millionen DM geschätzt werden. In diesem Szenario würden in der Stadt Potsdam 51,5 Millionen DM und in Berlin 32,9 Millionen DM durch die Studenten verausgabt. Da in dem hier verwendeten Prognosemodell ausschließlich die Anzahl der Studenten variiert wurde, ergeben sich keine Veränderungen bezüglich der regionalen oder güterspezifischen Ausgabenstruktur.

Die bisherigen Prognosen beruhen auf einem statischen Modell und dessen Annahmen. Zu beachten ist, daß eine Ausweitung der Prognoserechnungen auf eine Anzahl von mehr als 6.525 Studenten jedoch mit größerer Unsi-

cherheit behaftet ist. Diese erhöhte Unsicherheit ergibt sich daraus, daß mit einem Wachstum der Studentenzahlen auch qualitativ-strukturelle Veränderungen in der Studentenschaft einhergehen können. Eine dadurch verursachte Veränderung in der Clusterstruktur würde veränderte Prognosewerte bedingen.

Die Ergebnisse der Untersuchung sind als Sonderdruck der DISKUSSIONSBEITRÄGE ZUR REGIONALEN WIRTSCHAFTSPOLITIK verfügbar.

Die Broschüre kann gegen eine Schutzgebühr von 10 DM bei Prof. Dr. Klaus Gloede bestellt werden:

*Universität Potsdam
Wirtschafts- und Sozialwiss. Fakultät
Professur für
Regionale Wirtschaftspolitik
Postfach 900 327
14439 Potsdam*

*Telefon 03 31 / 977 34 23
Telefax 03 31 / 977 33 96
Mail: gloede@rz.uni-potsdam.de*

Juso-Hochschulgruppen wählen

(kw) Am 7. und 8. Juni fand im Berliner Willy-Brandt-Haus das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen, des sozialdemokratischen Studierendenverbandes statt. Von den etwa 80 an deutschen Hochschulen bestehenden Juso-HSGen hatten 34 den Weg nach Berlin gefunden.

Inhaltlicher Schwerpunkt der Konferenz war die Diskussion um die Zukunft der Ausbildungsförderung. Weiter mit einem reformierten Bafög oder verheißt „BAFF“ eine grüne Zukunft? war die Kontroverse. Beschlossen wurde, daß man weiterhin das vom Deutschen Studentenwerk (DSW) vorgelegte Modell unterstützt, dieses aber verstärkt bekannt machen will. Im übrigen soll neoliberalen Tendenzen, sei es bei *Rüttgers' Club* (RCDS), sei es beim junggrünen MdB Berninger, entschlossen entgegengetreten werden.

Bei der Wahl zur siebenköpfigen Verbandsleitung, dem Bundeskoordinierungsausschuß, erzielte die Potsdamer Politik-Studentin Klara Pazdro (21) das beste Ergebnis.

Landeskoordinator der Juso-Hochschulgruppen Brandenburg

Tim Frericks
Mühlenweg 34 A/307
15232 Frankfurt/Oder
Telefon: 03 35 - 43 79 22
Mail: euv-1271@euv-frankfurt-o.de

Juso-HSG Fachhochschule Brandenburg/Havel

Florian Liebich
Magdeburger Landstr. 228/428
14770 Brandenburg/Havel
Telefon: 01 77 - 277 63 72

Juso-HSG Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder

Tim Frericks
Mühlenweg 36 A
14232 Frankfurt/Oder
Telefon: 03 35 - 52 22 30
<http://viadrina.euv-frankfurt-o.de/juso-hsg>
Mail: juso-hsg@euv-frankfurt-o.de

Juso-HSG Universität Potsdam

Kai Weber
Postfach 600 609
14406 Potsdam
Telefon: 03 31 - 977 34 24 (d)
Mail: kweber@rz.uni-potsdam.de

